

Die Welt | 23.04.12

Wind und Einigkeit und Freiheit

In Schleswig-Holstein sind alle Parteien für die erneuerbaren Energien, denn das Land wird Stromexporteur und nimmt Geld ein *Von Claudia Ehrenstein*

Die Nord-Ostsee-Bahn rauscht vorbei an Feldern mit Sonnenkollektoren. Am Horizont reiht sich Rotor neben Rotor. Der Zugschaffner scherzt: "Nächster Halt Husum - Welthauptstadt des Windes". Husum ist Veranstaltungsort für eine weltweite Windenergiemesse. Es ist kein Zufall, dass sich Vertreter aller Parteien hier treffen, um über die Chancen der Energiewende für Schleswig-Holstein zu diskutieren. Am 6. Mai sind Landtagswahlen im Land zwischen den Meeren. Energiepolitik spielt eine wichtige, wenn nicht sogar entscheidende Rolle. Mehr als 40 Prozent des Stroms in Schleswig-Holstein stammen aus Windkraft. Schon heute produziert Schleswig-Holstein 13 Prozent des gesamten deutschen Windstroms.

Jost de Jager (CDU), Wirtschaftsminister im schwarz-gelben Kabinett von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und Spitzenkandidat seiner Partei, sagt: "Ohne Schleswig-Holstein wird die Energiewende in Deutschland nicht gelingen." So hoch im Norden ist Verlass auf den Wind.

Der Saal im Nordsee Congress Centrum von Husum ist fast bis auf den letzten Platz gefüllt. Unter den mehr als 200 Zuhörern viele Landwirte, die auch Windmüller sind. Und Bürger, die sich an Windparks beteiligen - wie Reinhard Christiansen aus Ellhöft an der dänischen Grenze. Vor 20 Jahren hat er seinen landwirtschaftlichen Betrieb aufgegeben und ist in die Versicherungsbranche gewechselt. 1995 initiierte er einen Bürgerwindpark; inzwischen sind es fünf. Auch einen Bürgersolarpark hat er gegründet. Anfangs habe er in der Bevölkerung noch als Öko-Spinner gegolten. Längst aber sind die erneuerbaren Energien zu einer lukrativen Einnahmequelle geworden. Die Energiewende hat den Ausbauplänen zusätzlichen Schub verliehen. "Jetzt müssen wir sehen, wie wir den Strom zu den Verbrauchern bringen", sagt Christiansen. Der Netzausbau läuft der Entwicklung hinterher. Christiansen fordert, die Genehmigungsverfahren zu "verschlanken", was nicht heißt, dass ein Projekt gegen den Willen der Bürger durchgedrückt werden soll.

Torsten Albig, OB von Kiel und Spitzenkandidat der SPD, sagt: "Schleswig-Holstein hat das Potenzial, Energielieferant einer starken Industrienation zu werden" - so, wie Nordrhein-Westfalen die Republik einst mit Kohle versorgt hat. Er verspricht, am Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) nicht zu rütteln. Was auch bedeutet, dass die Fördersätze weiter abgesenkt werden - damit die Strompreise nicht zu sehr in die Höhe schnellen. Karen Hansen, Biologin und ehrenamtliche Bürgermeisterin von Horstedt bei Husum, mahnt Verlässlichkeit an: "Zu den Kosten von gestern und mit der Vergütung von morgen sind Investitionen nicht mehr attraktiv."

Knapp die Hälfte der 750 Einwohner ihres Ortes hat in erneuerbare Energien investiert. Zwei Biogasanlagen liefern Strom und Wärme.

Gemeinsam mit zwei Nachbargemeinden wollen die Horstedter einen Bürgerwindpark mit zehn Windrädern errichten. Doch weil dies einen "charakteristischen Landschaftsraum" berührt, verweigert das Innenministerium in Kiel die Genehmigung. 2015 will Schleswig-Holstein den Strombedarf zu 100 Prozent aus Ökoenergie decken. Doch es fehlt an der notwendigen Infrastruktur. In Horstedt ist der Bau eines großen Umspannwerks für den Ferntransport geplant. Über eine 380-KV-Leitung wird der Strom nach Süden fließen. Doch es formiert sich Widerstand gegen die vorgesehenen Trassen, zum Beispiel in Quickborn bei Hamburg. Zu einer Anwohnerinitiative gehört dort der promovierte Physiker Werner Schneider. Ihm geht es nicht um ästhetische Aspekte, sondern um Gesundheitsrisiken.

1960 wurde nur 40 Meter neben seinem Haus eine Stromleitung gebaut. Sie verläuft quer über ein Schulgelände. Jetzt soll die Leitung an gleicher Stelle durch eine deutlich stärkere ersetzt werden. Schneider warnt, dass sich die elektromagnetische Belastung für die Anwohner vervierfache. Er und seine Mitstreiter hatten vom Netzbetreiber Tennet zunächst einen Mindestabstand von 200 Metern verlangt. Inzwischen wurde ein Kompromiss von 140 Metern erzielt. Doch auch bei einer geringen Verschiebung der Trasse werden andere Grundstücke berührt. Eigentumsrechte müssen neu geklärt werden. Da wähle der Netzbetreiber schnell den "Weg des geringsten Widerstands", sagt Schneider, was durch die geltenden Gesetze noch begünstigt werde. Die Bürgerinitiative will die Leitung nicht verhindern, nur verlegen - und wo es geht, auch unter die Erde.

Vom Atomstrom hat sich das Land weitgehend verabschiedet. Die Kernkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel wurden als Reaktion auf Fukushima abgeschaltet. Brokdorf ging wegen einer außerplanmäßigen Kontrolle vom Netz. Die anstehende Routineprüfung wird nun vorgezogen und dauert bis Ende Mai. Umstritten ist der Bau eines neuen Kohlekraftwerks an der Unterelbe. Grünen-Spitzenkandidat Robert Habeck ist dagegen - weil Kohle den Ausbau erneuerbarer Energien nur bremsen würde.

Die erneuerbaren Energien haben in Schleswig-Holstein eine hohe Akzeptanz. Die Menschen müssen aber auch mit den Folgen leben. "Wir bekommen ein verändertes Landschaftsbild", sagt Anke Spoorendonk vom Südschleswigschen Wählerverband (SSW). Die Marsch ist in weiten Teilen mit Windrädern "verspargelt". Landwirte bauen im großen Stil Maismonokulturen für ihre Biogasanlagen an. Auf den Dächern von Ställen und Scheunen glitzern Solarmodule. Schleswig-Holstein ist ein Stromexporteur - und das soll es nach dem Willen aller Parteien auch bleiben.